

aus als deutschen Kolonialminister hätte vorstellen können. Bleibt zu ergänzen, daß er hierzu vermutlich sogar den Segen seiner Partei erhalten hätte. Denn bei der Mehrheitssozialdemokratischen Partei hatte der Vorwurf der Ententemächte, Deutschland sei zur Kolonisation unfähig, zu einer Art von »nationalem Solidarisierungszwang« (S. 63) geführt. Wenige Monate, bevor die Siegermächte des Ersten Weltkrieges dem Deutschen Reich in Versailles ihre Friedensbedingungen diktierten, forderte die MSPD die »Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte«. Noske vertrat also keineswegs Außenseiterpositionen.

In einem eingeschobenen, die chronologische Darstellung unterbrechenden Kapitel formuliert Schröder eine »Kritik der kolonialpolitischen Prämissen Noskes« (S. 55 ff.), die sich zugleich als eine Kritik an den Reformisten unter den sozialdemokratischen Kolonialpolitikern versteht. Nach Auffassung des Autors war es gerade die Detailkritik an den Praktiken der europäischen Kolonisatoren, die dazu führte, daß die grundsätzliche Problematik kolonialer Fremdherrschaft zunehmend aus dem Blick geriet und verkannt wurde. Wenn Noske und seine Gesinnungsgenossen für eine »vernünftige«, humane, auf kulturelle Entwicklungsaufgaben abhebende Kolonialpolitik eintraten, merkten sie — so Schröder — gar nicht mehr, daß sie damit das Kolonialverhältnis als ein Macht- und Unterwerfungsverhältnis dem Grundsatz nach gebilligt und sich damit in Widerspruch zu den Prinzipien menschlicher Gleichheit gesetzt hatten. Die »Praktizisten« verdrängten die Frage nach der Legitimität der Kolonialpolitik.

Im Anhang des Bändchens werden zwei Kapitel aus Noskes Buch über Kolonialpolitik sowie ein Aufsatz Noskes zum gleichen Thema abgedruckt, der 1916 in der Zeitschrift »Die Glocke«, einem Organ des rechten SPD-Flügels, veröffentlicht wurde. Wolfram Wette

Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 2), Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980, 460 S., brosch., 38 DM.

In Peter Hüttenbergers sicherlich nicht ganz vollständiger »Bibliographie zum Nationalsozialismus« (Göttingen 1980) nehmen die Veröffentlichungen über den Widerstand zwölf einer insgesamt 208seitigen Literaturliste ein. Das Spektrum dieser Publikationen reicht von der Auseinandersetzung mit einer national gesinnten Opposition gegen Hitler und den Nationalsozialismus bis zur Analyse gesellschaftsrevolutionär bestimmter Non-Konformisten. Entsprechend schwankt der den Abhandlungen zugrundeliegende Widerstandsbegriff, der zudem durch die weitere Unterscheidung von aktivem und passivem Widerstand noch komplizierter wird. Die mangelnde Transparenz des Widerstandsbegriffes hängt freilich sowohl mit unterschiedlichen Aussageabsichten wie mit den aufgrund der Quellenlage nicht immer ganz einfachen Aussagemöglichkeiten zusammen. Hüttenbergers Begriffsklärung (P. Hüttenberger, Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Theorie und Praxis des Historikers, hrsg. von Jürgen Kocka, Göttingen 1971, S. 117—139) konnte deshalb auch für neuere Arbeiten über den Widerstand im Dritten Reich häufig nur theoretische Vorgabe und Orientierungsmarke, nicht aber ein in der jeweiligen Darlegung konsequent beachteter Bezugspunkt sein. Die Dissertation von Detlev Peukert illustriert diese Schwierigkeiten mit dem Widerstandsbegriff recht eindrucksvoll: Der Autor setzt sich ausdrücklich von dem Widerstandsbegriff Hüttenbergers mit der Bemerkung ab, ein »allein auf organisierte und zielgerichtete Aktivität gegen das NS-Regime« (S. 23) abhebender Widerstandsbegriff reiche für seine Untersuchung nicht aus. Ein »pragmatischer Ansatz« erscheine angemessen, »der die Abfolge und Interdependenz verschiedener Verhaltensmuster von Kommunisten im Dritten Reich gene-

tisch beschreibt, diese auf die jeweiligen Entwicklungen im nationalsozialistischen Herrschaftssystem bezieht und dadurch den Formwandel des Widerstands nachzeichnet« (S. 23). So eröffnet sich Peukert zwar die Möglichkeit, die Geschichte der KPD (und darüber hinaus anderer kommunistischer Organisationen) in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft als »Die KPD im Widerstand« zu beschreiben, doch bleibt sein Widerstandsbegriff letztlich unklar; die Grenzen seines Untersuchungsgegenstandes werden nur grob sichtbar. Peukert hat mit sichtbarer Verve zusammengestellt, was er über Kommunisten an Rhein und Ruhr, ihre »Verfolgung und Untergrundarbeit« in den Jahren 1933 bis 1945 ausfindig machen konnte. Es entstand ein ohne Frage akribisch belegtes Werk, das mit seinen überaus zahlreichen Detailinformationen zu den unübersichtlichen Kompilationen der Widerstandsgeschichte gehören dürfte.

Der Verfasser hat seine reflektiven Darlegungen — didaktisch nicht immer ganz geschickt — eng mit seinen informierenden Passagen verwoben. Dadurch ist der Leser gezwungen, die von Peukert aufgezeigten Grundlinien der KPD-Geschichte aus dem Rankenwerk der Einzelheiten herauszuziehen. In der hier gebotenen Kürze lassen sie sich resümierend wie folgt nachzeichnen:

1. Die KPD betrachtete sich selbst vor 1933 als Ferment einer bevorstehenden gesellschaftlichen Revolution, zu dem es politisch keine Alternative gab. Deshalb lehnte sie eine Koalition mit jeder anders ausgerichteten Gruppierung, insbesondere auch mit jeder anders ausgerichteten Gruppierung der Arbeiterbewegung, ab (vgl. S. 40, 47, 67). Die nationalsozialistische Machtergreifung veranlaßte sie zwar zu einem »Einheitsfrontangebot« (S. 31) und »Generalstreiksappell« (S. 34) am 30. 1. 1933, doch sah sie in ihr offenbar »keinen tiefen Einschnitt« (vgl. S. 35, auch S. 62). »So schlitterte die KPD, wie die ganze deutsche Arbeiterbewegung, wehrlos in die Niederlage. Ohne großes Aufbäumen vollzog sich ein irreversibler Umschwung der politischen Kräfteverhältnisse« (S. 36, vgl. auch S. 70).

2. Der zentralistisch-hierarchische Aufbau der KPD-Organisation verhinderte zwischen 1933 und 1935 einen im hohen Maße effektiven Widerstand, weil er der Gestapo nur allzu leicht Angriffsflächen bot (vgl. S. 116 f., 128, 130, 192 f.). Die KPD hatte es versäumt, »den notwendigen Rollenwechsel vom aggressiven, öffentlichkeitsorientierten Kämpfer zum vorsichtigeren Illegalen« (S. 78) rechtzeitig vorzubereiten, und so der Gestapo »massive Einbrüche« (S. 97) erleichtert. Ende 1934/Anfang 1935 begann schließlich eine »Erosion der Parteibasis« (S. 155), die von der Enttäuschung über das Ausbleiben der erwarteten Revolution nur befördert wurde (vgl. S. 155).

»Die Partei zerbrach in einer letzten Serie von Massenverhaftungen« (S. 155). Der Einfluß der KPD auf unzufriedene Arbeiter blieb gering (vgl. S. 218).

3. Ab August 1934 begann sich in der KPD eine veränderte Leitlinie durchzusetzen. Der Kontakt zu den nichtkommunistischen Arbeitern sollte gesucht, Einheitsfronten sollten gebildet (vgl. S. 219—225), über eine »Taktik des trojanischen Pferdes« (S. 218) sollte die bisherige Isolierung der Partei überwunden werden. Erstmals tauchte im November 1934 auch der Appell zur Volksfrontbildung auf (vgl. S. 245). Zugleich vergrößerte sich der selbständige Handlungsspielraum der Bezirksfunktionäre (vgl. S. 158), doch blieben »zwei Grundpfeiler kommunistischer Orthodoxie [. . .] noch unangetastet: das Kritikverbot gegenüber der jeweiligen Parteilinie reichte bis hin zur weiteren Rechtfertigung der bisherigen ultralinken Politik, und das bolschewistische Staats- und Revolutionsmodell blieb in der Losung von ›Räte-deutschland‹ weiterhin das langfristige strategische Ziel« (S. 228).

Diese neue Linie der Partei fand an der — inzwischen arg lädierten — Basis »weiteste Zustimmung«, auch wenn es in der Praxis dann nicht einfach war, »eine Kooperationsbereitschaft mit den am Ort oder im Betrieb über Jahre als Gegner verketzerten Sozialdemokraten zu wecken« (S. 228) oder Kontakte zu anderen Antifaschisten zu pflegen (vgl. S. 244, 249 f., 304, 306, 308, 322—324).

4. Ab 1936 verlagerte sich das Schwergewicht der kommunistischen Parteiorganisation vom Reich in die angrenzenden Nachbarstaaten (vgl. S. 254). Zwischen 1936 und 1939 entwickelte sich der kommunistische Widerstand »unspektakulär« (vgl. S. 252), danach hatten die Kommunisten im Zeichen des Hitler-Stalin-Paktes (zur Reaktion der deutschen Kommunisten vgl. näher S. 326—330) »zwar nicht aufgegeben, aber sich doch in Wartestellung zurückgezogen« (S. 333), obwohl das Zentralkomitee der KPD seit 1938 ambitionierte Forderungen aufrechterhielt (vgl. S. 335) und sich um eine Reorganisation der Partei bemüht zeigte (vgl. S. 335).

5. Der Versuch, die Widerstandstätigkeit der KPD durch eine zentral gelenkte Organisation (vgl. S. 342—344) und programmatische Maßnahmen (vgl. S. 350, 353 f., 359) im Jahre 1942 neu zu beleben, scheiterte, ohne sehr effizient geworden zu sein (vgl. S. 360, 371, 385 f.), schon 1943 an umfangreichen Gestapo-Verhaftungen (vgl. S. 372). Danach »lag das Rhein-Ruhr-Gebiet, von einzelnen örtlichen Bestrebungen abgesehen, bis zum Kriegsende erschöpft darnieder« (S. 361, vgl. S. 411).

In seiner Einleitung hat Detlev Peukert seine Absicht kund getan, mit der vorgelegten Untersuchung zu versuchen, »verallgemeinernde Aussagen über den kommunistischen Widerstand auf deren verschiedenen Ebenen vom ZK bis zur Zelle und über dessen unterschiedliche Formen zu machen« (S. 21). Dieses Unterfangen kann, im ganzen gesehen, als durchaus gelungen angesehen werden. Der der Analyse zugrundeliegende »pragmatische Ansatz« und die davon abzuleitenden spezifischen Ergebnisse werden zwar in der DDR- wie in der westdeutschen Historiographie nicht unbestritten bleiben. Diskutabel sind Peukerts Darlegungen allemal.

Hein Hoebink